

# Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 232 42 42

Fax Redaktion (075) 232 29 12

Fax Inserate (075) 232 95 46

Amtliches Publikationsorgan

90 Rp.

## AKTUELL

### Taufe des Thronfolgers



(pafl) – Das erste Kind des Durchlauchten Erbprinzenpaares, S.D. Prinz Joseph Wenzel, wird morgen Samstag, 1. Juli 1995, in der Pfarrkirche Vaduz getauft. Die Tauffeier beginnt um 15 Uhr. Sie wird von Landesbischof Wolfgang Haas zelebriert und vom Kirchenchor zu St. Florin, Vaduz, musikalisch umrahmt. Die Feier ist öffentlich zugänglich. Personen, die an der Tauffeier teilnehmen möchten, werden gebeten, bis 14.30 Uhr die Plätze in der Kirche einzunehmen. Es sind genügend Plätze vorhanden. Vonseiten des Fürstenhauses werden die engsten Familienmitglieder anwesend sein. Zum geladenen Gästebereich gehören die Vertreter der höchsten Behörden des Landes.

### Hoher Besuch

(pafl) – Der Präsident der EFTA-Überwachungsbehörde, Knut Almestad, besucht in Begleitung seiner Frau Lydia Almestad heute Freitag, 30. Juni 1995, das Fürstentum Liechtenstein. Im Verlaufe seines Besuches wird Präsident Knut Almestad mit S.D. dem Landesfürsten, mit Mitgliedern der Regierung sowie mit Bernd Hammermann, dem Vertreter des Fürstentums Liechtenstein bei der EFTA-Überwachungsbehörde, zusammentreffen.

Das Besuchsprogramm beginnt am Freitag morgen mit der Besichtigung der Firma Hilti AG in Schaan und einem Höflichkeitsbesuch bei Regierungschef Dr. Mario Frick und Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel. Diesem Höflichkeitsbesuch folgt ein Arbeitsgespräch mit Regierungsrätin Dr. Andrea Willi. Nach dem Mittagessen, offeriert von Regierungsrätin Dr. Andrea Willi, wird Herr Almestad zusammen mit seiner Frau die Ausstellung «500 Jahre italienische Kunst aus den Sammlungen des Fürsten von Liechtenstein» in der Liechtensteinischen Staatlichen Kunstsammlung besichtigen. Mit einem Empfang durch S.D. Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein auf Schloss Vaduz wird das Besuchsprogramm abgeschlossen.

## Europäische Integration: Mehr als nur wirtschaftliche Aspekte

Regierungschef Dr. Mario Frick gestern beim Europarat – Geldwäschereikonvention unterzeichnet – Verschiedene Fragen an Regierungschef

(M.) – Bei der europäischen Integration darf man sich nicht nur auf die wirtschaftlichen Interessen konzentrieren. Man muss auch die fundamentalen Werte wie den Rechtsstaat, die Menschenrechte und die kulturelle Identität Europas im Auge haben. Regierungschef Dr. Mario Frick würdigte gestern in seiner Rede vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarats in Strassburg mit diesen Worten die wertvolle Arbeit dieser Institution. Zuvor unterzeichnete der Regierungschef die Geldwäschereikonvention des Europarats.

Europa ist mehr als nur EWR. Europa ist nämlich auch der Europarat, der für fundamentale Werte wie Menschenrechte, Rechtsstaat, Kultur, Bildung und Ethik einsteht. Regierungschef Dr. Frick räumte vor der Versammlung zwar ein, dass die Vorbereitung des Beitritts zum EWR viele Kräfte gebunden habe und derzeit wie auch in den nächsten Monaten von Liechtenstein eine Konzentration auf dieses Thema verlange. Gleichwohl aber, so Dr. Frick, dürfe man bei allen wirtschaftlichen Aspekten fundamentale andere Werte nicht vergessen: «Insofern scheint es mir folgerichtig, dass die Bedeutung des Europarates bei der Wahrung und Weiterentwicklung dieser Werte in den nächsten Jahren noch zu nehmen wird».



Bei seinem erstmaligen Europarats-Besuch wurde Regierungschef Dr. Mario Frick (Mitte) in Begleitung von Botschafter Dr. Josef Wolf gestern von Europarats-Generalsekretär Daniel Tarschys (rechts) empfangen. (Exklusivbild VOLKSBLATT)

### Staatskrise und Verfassungsänderung

Im Anschluss an die Rede benützten sechs Europarats-Parlamentarier die Gelegenheit, an den Regierungschef im Plenum Fragen zu richten. Vor allem interessierte der weitere Europa-Weg

Liechtensteins in bezug zur Schweiz. Parlamentarier Ernst Mühlemann (TG) nahm die Antwort des Regierungschefs mit einem kleinen Seitenhieb zur Kenntnis: «Es ist höchst erfreulich und erstaunlich, dass Sie Schrittmacher für die Schweiz auf dem Weg zu Europa sind».

Der Schweizer Nationalrat Jean Berger (VD) brachte indes vor dem Europarat die Staatskrise von 1992 und die Verfassungsdiskussion zur Sprache. Konkret wollte er vom Regierungschef wissen, in welcher Art Liechtenstein nach diesen belastenden Meinungsverschiedenheiten die Verfassung zu ändern gedenke. Dr. Frick zeigte sich optimistisch, dass man hier im gemeinsamen Vorgehen eine Lösung erarbeiten könne: «Ich bin zuversichtlich, dass man sich auf interpretatorische Auslegungen einigt».

### Konvention unterzeichnet

Im Rahmen seines Besuchs wurde der Regierungschef zusammen mit Botschafter Dr. Josef Wolf und Christine Stehrenberger vom Auswärtigen Amt vom Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung, Miguel Angel Martinez, und dem Generalsekretär des Europarats, Daniel Tarschys, empfangen. Im Büro des Generalsekretärs unterzeichnete Dr. Mario Frick die Europarats-Konvention Nr. 141 über Geldwäscherei. Dieses Übereinkommen beinhaltet einen umfassenden Katalog von rechtlichen Massnahmen, wodurch die Seriosität des Finanzplatzes Liechtenstein weiterhin gewährleistet werden kann.

(Exklusiver VOLKSBLATT-Bildbericht aus Strassburg auf Seite 3).

## Freie Liste attackiert VU-Regierungsrat Dr. Michael Ritter

Problematik der Nebenbeschäftigungen der hauptamtlichen Regierungsmitglieder mit einem Teilpensum von 80 Prozent der Vollzeit

(G.M.) – **Regierungsreform und Beschäftigungsgrad der Regierungsmitglieder scheinen zu einem politischen Dauerbrenner in unserem Land zu werden. Die Freie Liste attackiert im jüngsten «Freie Liste Info» den VU-Regierungsrat Dr. Michael Ritter, der vor kurzem die Eröffnung einer Rechtsanwaltskanzlei bekanntgegeben hat.**

Unter dem Titel «Die (un)heimliche Regierungskrise» schreibt die Freie Liste: «Es war vorauszusehen. Bei einigem Scharfblick hätte man früh genug wissen müssen, dass Regierungsräte mit einer 80-prozentigen-Anstellung spätestens nach der EWR-Diskussion nicht mehr ganz ausgelastet sind. Oder sollte die Regierungskrise stattgefunden haben, ohne dass wir es bemerkt haben sollten? Oder denkt sich da einer, lieber zu 20 Prozent Anwalt, bevor all die Ausländer über Fug und Recht urteilen, als dann auf Jobsuche gehen, wenn sie alle

schon da sind». Gleich nach dem geschichtsträchtigen 1. Mai 1995 (dem EWR-Beitritt Liechtensteins) habe Regierungsrat Dr. Michael Ritter seine Rechtshilfe angeboten, heisst es weiter – und dann folgt die Frage: «Mann-ohmann, wie schafft das dieser Tausend-sassa?»

Ein Rückblick auf das Jahr 1993 zeigt, dass es die Freie Liste war, die den Antrag der VU-Fraktion und der Finanzkommission unterstützte, um den nebenamtlichen Regierungsräten zu einer 80-Prozent-Beschäftigung zu verhelfen, ohne dass zum damaligen Zeitpunkt eine konkrete Vorstellung von einer Regierungsreform vorlag. Der Antrag erhielt neben den 11 VU-Stimmen auch die zwei FL-Stimmen.

Der FL-Abgeordnete Paul Vogt erklärte im Landtag, «dass es den Regierungsräten freigestellt werden soll, ob sie 50, 80 oder auch 100 Prozent ihrer

Arbeitszeit für ihre Regierungstätigkeit aufwenden wollen». Allerdings müssten diese Regierungsmitglieder dann auch mehr als ein Regierungsressort übernehmen. Als Begründung fügte der FL-Abgeordnete damals unter dem Stichwort «Vorteile» an: «Regierungsräte, die bloss 50 Prozent ihrer Arbeitszeit für die Regierung verwenden, sind relativ ineffizient. Einen grossen Teil ihrer Arbeitszeit müssen sie für die Vorbereitung und Durchführung der Regierungssitzungen und repräsentative Verpflichtungen aufwenden. Ein solcher Regierungsrat ist bezüglich Sachkenntnissen, Kontakte mit der Verwaltung, Zugang zu Informationen, Kontrollmöglichkeiten usw. – kurz bezüglich der Professionalität gegenüber den beiden vollamtlichen Regierungsmitgliedern zwangsläufig im Nachteil». Paul Vogt (FL) bezeichnete das Vorgehen auch als «richtigen Weg, um die Kompetenz der

Regierungsmitglieder zu erhöhen». Deshalb seine Schlussfolgerung: «Wenn wir eine entscheidungsfreudige, problembewusste, sachkundige und trotzdem bürgernahe Regierung wollen, müssen wir diesen Weg gehen».

Der zweite FL-Abgeordnete, Wolfgang Marxer, gab zu verstehen, dass ein Beschäftigungsgrad von 80 Prozent «nichts mit Vollamtllichkeit» zu tun habe, sondern dass es sich um ein «Teilzeitpensum» handle. Teilzeit-Regierungstätigkeit bringt es aber zwangsläufig mit sich, dass sich die betreffenden Regierungsmitglieder auch anderweitig betätigen können oder müssen. Im Bewusstsein dieses Umstandes stellt sich die Frage, weshalb die Freie Liste nun diese Attacke gegen Regierungsrat Ritter reitet – und vor allem: Weshalb kommt dieser Angriff, nachdem man ihm vorher die Steigbügel für den 80-Prozent-Job hielt?

## FL-Firmen unter den «Top 500 der Schweiz»

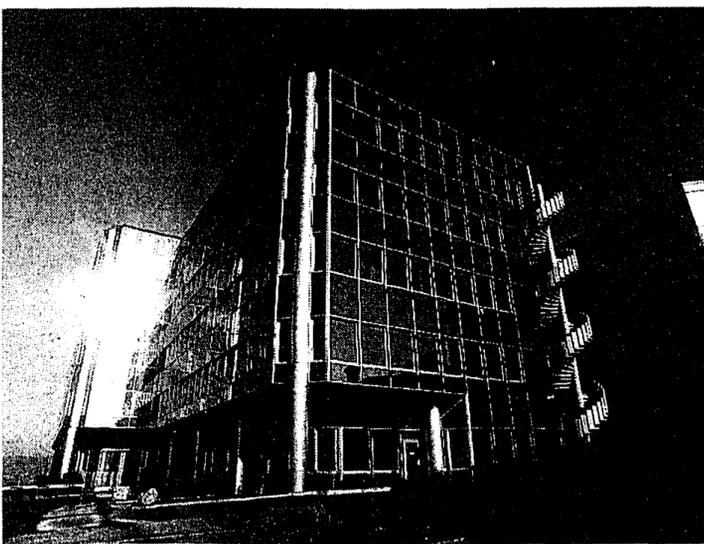
Die «Handelszeitung» veröffentlichte eine Liste der «500 grössten Industrie- und Handelsunternehmen

(G.M.) – **Auch Liechtenstein-Firmen mischen in der Liste der «Top 500 der Schweiz» mit. Vertreten sind in der Aufstellung der «Handelszeitung» die Hilti AG, die Balzers-Leybold Gruppe und die Hoval-Gruppe.**

Unter den 500 grössten Industrie- und Handelsunternehmen der Schweiz und Liechtensteins belegt die Hilti AG den 45. Rang mit einem konsolidierten Umsatz von 2237 Mio. Fr. im Jahre 1994. Im Vergleich zum Vorjahr zeigt sich eine Zunahme um 4,7 Prozent. Ein Anteil von 96,4 Prozent des Umsatzes wurde im Ausland erzielt.

Mit der Übernahme von Leybold machte die Balzers-Leybold Gruppe einen riesigen Sprung nach oben und belegt nun den 75. Platz mit einem Umsatz von 1326 Mio. Fr. Die Umsatzsteigerung wird mit 48,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr angegeben. Der Ausland-Anteil macht 89,0 Prozent aus.

Ebenfalls in der Liste vertreten ist die Hoval-Gruppe, die mit einem konsolidierten Umsatz von 276 Mio. Fr. den 336. Rang einnimmt. Der Umsatzzuwachs beläuft sich auf 1,5 Prozent.



Die Hilti AG (unser Bild) nimmt den 45. Rang unter den «500 grössten Industrie- und Handelsunternehmen» der Schweiz und Liechtensteins ein. Ebenfalls vertreten in dieser Liste sind die Balzers-Leybold Gruppe und die Hoval-Gruppe. (Archivbild)

## Franken auf breiter Front zurückgestuft

Zürich (AP) Der Franken ist am Donnerstag an den internationalen Devisenmärkten hauptsächlich gegen den Dollar und die D-Mark zurückgestuft worden. Der Kurs von 100 DM lag erstmals seit dem vergangenen 24. Mai wieder über 83 Franken.

Für einen Dollar wurden am Donnerstag im Zürcher Schlussgeschäft 1,1575 (Vorabend: 1,1485) Franken bezahlt. Der Tageshöchstkurs der amerikanischen Währung lag bei 1,1630 Franken. Im Devisenhandel wurde der Kursanstieg auf die Beilegung des Autostreits zwischen den USA und Japan zurückgeführt.

Im Sog des Dollars verbesserten sich auch die D-Mark und andere europäische Währungen deutlich. Der Preis von 100 DM lag am Abend mit 83,28 Franken um 53 Rappen über dem Vorabendkurs (82,75 Franken).

Der Tageshöchstkurs wurde bei 83,38 Franken verzeichnet. 100 französische Francs kosteten 23,75 (Vorabend: 23,57), ein britisches Pfund 1,8341 (1,8175) Franken, 1000 italienische Lire 70,95 (70,50) Rappen.

Schaan  
zum Einkauf

**Mode zu Basar-Preisen**

**Modehaus Hannelore**

Im Zentrum Kaufin 9494 Schaan